

NACHRICHTEN

INDONESIEN

WIEDER ZEITUNG VERBOTEN/ KORRESPONDENT DER FEER AUSGEWIESEN

Die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung und die Versuche deren Wiederbelebung durch die Regierung in Jakarta sind ein äußerst heikles Thema im Inselstaat. Auch in der Presselandschaft fordert es immer wieder seine Opfer. Nachdem im Oktober vergangenen Jahres das traditionsreiche Abendblatt "Sinar Harapan" wegen eines Artikels über die Abschaffung der umstrittenen Importmonopole verboten wurde, traf es im Juni "Prioritas", eine junge Schwester im indonesischen Pressewald. Gerade 14 Monate hatten die Zeitungshändler das sich rascher Beliebtheit erfreuende Blatt im Angebot, als es auf Geheiß von ganz oben wegen falscher und tendenziöser Berichterstattung sein Erscheinen einstellen mußte.

Wieder war ein Artikel zur wirtschaftlichen Lage ausschlaggebend gewesen: Am 26.6. hatte das Blatt eine scharfe Kritik des indonesischen Botschafters in Tokio an der Wirtschaftspolitik seines Landes veröffentlicht. Die Regierung, so Diplomat Wijogo schaffe nicht genügend Anreize für Auslandsinvestitionen, die nationale Investitionsbehörde arbeite ineffektiv. Wijogo dementierte später diese Aussage.

Am 2. Juli wurde dem Koreaner Shim Jae Hoon, Jakartas Korrespondent

für die Wochenzeitschrift "Far Eastern Economic Review" mitgeteilt, er habe innerhalb von 20 Tagen das Land zu verlassen; sein Visum werde nicht verlängert. Er ist der dritte Korrespondent der FEER, der innerhalb der letzten 15 Monate zur Ausreise gezwungen wurde. Chefredakteur Derek Davies bezeichnete daraufhin die Korrespondentenprobleme in Jakarta als "Kampf mit einer Qualle".

In Indonesien selbst sollen die jüngsten Zensurmaßnahmen wohl darauf hinweisen, daß niemand - auch wenn er die besten Verbindungen hätte - einen Freibrief für kritische Berichterstattung habe. Das geht an die FEER-Adresse in Hongkong genauso wie an Suryah Paloh, dem erfolgreichen Geschäftsmann aus Aceh und Besitzer der verbotenen "Prioritas", der zugleich Vorsitzender von Golkar's Jugendorganisation AMPI ist.

Nach Ansicht von Offiziellen sollte die Presse sich selbst Zurückhaltung bei der Präsentation heikler Themen, wie der Wirtschaft, auferlegen. "Sie sollten wissen, was zu veröffentlichten ist und was nicht", so Informationsminister Harmoka. Ein älterer Journalist meinte, dies gleiche einem Drahtseilakt. Denn was heute erlaubt sei, könnte morgen schon verboten sein.

vgl. : AW v. 19.7. 1987, TAPOL No. 82., S. 15

NACHTRAG: NRO-KONFERENZ ZU IGGI-ANGELEGENHEITEN

Bereits im April tagte im niederländischen Zeist zum dritten Mal eine Konferenz, die sich zum Ziel gesetzt hat, die "Inter-Governmental Group on Indonesia" (IGGI, s. Kasten) daraufhin zu kontrollieren, ob sie die Angelegenheiten und Probleme der benachteiligten Bevölkerungsgruppen in Indonesien genügend in Betracht ziehe. Es handelt sich um die "Inter-NGO Conference on IGGI Matters", kurz INGI, die sich als Forum für Dialog und Kooperation zwischen "Nicht-Regierungsorganisationen" aus Indonesien und NROs aus einigen IGGI-Ländern versteht.

Von indonesischer Seite nahmen an dieser Konferenz, die drei Tage dauerte, 16 Organisationen teil. Vertreten waren fast sämtliche Groß-NROs (an früherer Stelle in dieser Zeitschrift auch als "5-

MOCHTAR IN VIETNAM: AUSEINANDERSETZUNGEN IN ASEAN UM INDONESIENS FÜHRUNGSANSPRUCH

"Es ist höchste Zeit, unseren ASEAN-Partnern klarzumachen, daß wir uns als der größte Staat Südostasiens, der ein wachsendes Eigeninteresse zu verfolgen hat, die endlose Verlängerung des Kampuchea-Konflikts einfach nicht mehr leisten können." Dieser Satz in der Jakarta Post v. 19.8. beleuchtet den indonesischen Anspruch auf eine politische Führungsrolle innerhalb ASEANs. Diesem Anspruch gerade auch im Kambodscha-Konflikt verpflichtet, weilte Indonesiens Außenminister Mochtar Kusumaatmadja vom 27.-29. Juli in Hanoi. Seine Gesprächspartner waren dort u. a. Nguyen Van Linh, der Generalsekretär der KPV, und Nguyen Co Tach, der vietnamesische Außenminister. Im Gespräch mit Co Tach erneuerte Mochtar seinen bereits zwei Jahre alten "Cocktailparty"-Vorschlag, die Einladung zu einem informellen Treffen aller am Konflikt beteiligten vier kambodschanischen Partelen auf neutralem Boden, zu dem Vietnam und "weitere betroffene Länder" hinzugezogen werden könnten. Die wohlwollende Erwägung seitens der vietnamesischen Regierung, die Co Tach in Aussicht stellte, währte Mochtar schon als den langersehnten Durchbruch in der verfahrenen Kambodscha-Diskussion. Weniger wohlwollend wurde sein Vorschlag dagegen in Thailand aufgenommen, das zusammen mit Singapur als "Hardliner" innerhalb ASEANs gilt und die Heng-Samrin-Regierung der VRK nicht über den Umweg einer Cocktailparty international hoffähiger machen will. Da das Treffen der ASEAN-Außen-



AUS: BCAS VOL. 19, NO. 1, 1987, S. 35

Udenrigsminister Uffe Ellemann-Jensen vil ikke blande sig i menneskerettighedsituationer i de lande, vi træffer handelsaftaler med.

— Jeg har tænkt mig at placere en stor ordre hos Dem på elektronisk overvågningsudstyr til mit nyeste ministerfængsel.

Übersetzung: Der dänische Außenminister Uffe Ellemann-Jensen wünscht nicht, sich in die Menschenrechtsangelegenheiten derjenigen Länder einzumischen, mit denen wir (DK) Handel treiben.

"Ich erwäge gerade, Ihrem Land einen Großauftrag für elektronisches Abhörgerät zu erteilen, das für mein neuestes Modellgefängnis benötigt wird."

Sterne"-NROs bezeichnet), denen z. T. auch enge Kontakte zur indonesischen Regierung nachgesagt werden, und eine Reihe kleinerer Gruppen, wie z.B. die Frauenorganisationen Kalyanamitra aus Jakarta und Annisa Swasti aus Yogyakarta. Aus den IGGI-Ländern kamen Hilfs- und Geldgeberorganisationen, wie z.B. NOVIB aus Holland oder das japanische "Pacific-Asia Resource Center". Aus der BRD war "Brot für die Welt" vertreten.

Auf der Konferenz wurde ein "Aide Memoire" verabschiedet, das dem IGGI-Vorsitzenden P. Bukman, niederländischer Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Anfang Mai überreicht wurde. In diesem "Aide Memoire" betonen die Teilnehmer ihre Überzeugung, daß

- eine Entwicklungsstrategie, die auf der Verleugnung von bürgerlichen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechten beruht, nicht nur die

internationalen Menschenrechte verletzt, sondern auch "Entwicklung" per se negiert;

- die Linderung "struktureller Armut" ein wesentliches Element jeglicher Entwicklungsstrategie sein soll;
- die Beteiligung der Bevölkerung im allgemeinen und von Frauen im besonderen im Entwicklungsprozeß eine zentrale Rolle spielt und daß den NROs als Katalysator dabei eine entscheidende Funktion zukommt.

Ausführlich legen die NROler aus Indonesien und den IGGI-Staaten ihre Bedenken zum - inzwischen in Kraft getretenen - Gesetz über Massenorganisationen (ORMAS) dar. Dieses Gesetz, so heißt es im "Aide Memoire", wird letztendlich der eigenen Absicht der Regierung von Indonesien widersprechen, für größere Gleichheit in der Gesellschaft zu sorgen. Das Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Akti-

vitäten, die durch die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechten" geschützt sind, dürften nicht zum Objekt staatlicher Einmischung werden.

Nach Ansicht der Konferenzteilnehmer sollten NROs das Recht haben, ihre Counterparts und Finanziere selbst zu wählen, ihre Programmprioritäten selbst zu setzen, ihre Vernetzung selbst zu bestimmen u. a. m.

Auf die wirtschaftliche Lage des Inselstaates eingehend, fordert das "Aide Memoire" die IGGI-Vertreter außerdem auf, zur Lösung der indonesischen Schuldenkrise beizutragen. Außerdem solle in die Tagordnung des nächsten IGGI-Treffens die Rolle der NROs im Entwicklungsprozeß aufgenommen werden.

vgl.: Inter NGO Conference on IGGI Matters: Aide Memoire

LANDRECHTSKONFLIKTE IN ZENTRAL-JAVA

In den letzten Jahren haben die Auseinandersetzungen um Landrechte in Indonesien dramatisch zugenommen. Vielfach handelt es sich um Fragen nicht-adäquater Entschädigung bei Zwangsentlegungen im Rahmen staatlicher Projekte. Im Brennpunkt der derzeitigen Auseinandersetzung steht ein von der Weltbank gefördertes Staudammprojekt in Zentral-Java.

Bei dem umstrittenen Projekt handelt es sich um einen Damm in den Distrikten Grobogan, Boyolali und Sragen, mit dem ein Gebiet von 7900 km² mit Bewässerungsanlagen, Trinkwasser und Strom versorgt

werden soll. 6000 ha Land müssen geräumt werden, insgesamt 5359 Familien aus 22 Ortschaften werden zwangsumgesiedelt. 74 % der Projektkosten trägt die Weltbank. Im Januar 1986 wurde bekannt, daß die einzige Option für die Betroffenen die Teilnahme am Transmigrationsprogramm ist.

Dabei kommen die Behörden jedoch mit ihren eigenen Richtlinien in Konflikt, die besagen, daß Ex-Tapols und Ex-PKiler von Transmigrationsprojekten (wegen politischer Unzuverlässigkeit) auszuschließen sind. 326 der betroffenen Familien (1625 Menschen) werden als kommunistische Sympathisanten bezeichnet, die nun nach Süd- und West-Kalimantan umgesiedelt werden sollen. Dort plant man, nach Worten von Hari Soegiman (Innenministerium), sie von anderen Transmigranten "aus Sicherheitsgründen" zu isolieren und unter strenge militärische Bewachung zu stellen. Die Zwangsumsiedlung der Ex-PKiler wird als "einmalige Konzession" bezeichnet, die nichts am generellen Umsiedlungsverbot für Ex-Tapols ändere.

Inzwischen versuchen Betroffene, ihre Rechte auf angemessene Entschädigung mit Unterstützung der

Rechtshilfeorganisation LBH durchzusetzen. Dabei ließen sich die Behörden eine besonders perfide Methode der Unterdrückung einfallen. Beschwerdeführer werden als Ex-Tapols gebrandmarkt, die Buchstaben E. T. sollen hinfort jedem auf die Identitätskarte gedruckt werden, der sich nicht in sein Schicksal fügt. Bislang sind 22 Personen zu der "Neuen Strafe" (divonis sebagai ex-Tapol) verurteilt worden. Eine solche Stigmatisierung führt leicht zur sozialen Isolation.

Mittlerweile sind die Betroffenen so aufgebracht, daß sie sich weigern, mit den Behörden zu verhandeln, so daß diese nun ihrerseits versuchen, LBH einzuschalten. Für die Rechtshilfeorganisation besteht jedoch die Gefahr, ihre Integrität zu verlieren und zum Kollaborateur der Behörden zu werden. Sie weigert sich aus diesem Grund, Gespräche mit den Betroffenen im Beisein von Behördenvertretern zu führen. LBH will den Fall der UN-Menschenrechtskommission vortragen und die Weltbank auf die sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen des von ihr unterstützten Projektes hinweisen.

O. H. nach TAPOL Bulletin No. 82, Aug. 1987

minister am 16.8. in Bangkok ausgerechnet dem thailändischen Vertreter für seine Besuche in Peking und Pjöngjang (bei Sihanouk) die Verhandlungsführung übertrug, läßt darauf schließen, daß Indonesien in dieser Frage isoliert dasteht.

Quellen: FEER v. 16.7., S. 12; 13.8., S. 34; 27.8., S. 8f; 3.9., S. 32; 10.9., S. 11; MDA v. 30.7., S. 10f; 31.7., S. 7-9; 3.8., S. 8; 17.8., S. 4; 18.8., S. 8; AŰ v. 9.8., S. 16

